

Inhalt

Call for Papers	1
Informationen von Mitgliedern und Partnern	2
Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP	4
EU-News im Überblick	5
Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen	9
Kontakt	10

Impressum

Bundesverband Öffentliche Dienstleistungen - Deutsche Sektion des CEEP e.V. (bvöd)

Invalidenstraße 91
10115 Berlin

fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29
email: info@bvoed.de
www.bvoed.de

Call for Papers

Am **22. und 23. September** veranstaltet das Fachgebiet Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (WIP) an der **Technischen Universität Berlin** in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des bvöd eine interdisziplinäre Konferenz zum Thema „Kommunales Infrastruktur-Management“ (KIM).

Die Konferenz gibt einen Überblick über den Forschungsstand zu aktuellen Fragestellungen mit Bezug zum kommunalen Infrastrukturmanagement. Es werden Arbeiten aus den Bereichen der Ökonomik, der Rechtswissenschaften und der Verwaltungswissenschaft sowie der Planungs- und Ingenieurwissenschaft präsentiert. Das Programm, das auf Grundlage der eingereichten Beiträge zustande kommt, ist interdisziplinär ausgerichtet.

Die Veranstaltung richtet sich an Wissenschaftler aber auch an Praktiker (aus Verwaltung, Politik, Stadtwerken, Beratungs- und Planungsunternehmen, Kanzleien und Verbänden). In den einzelnen Sessions der Konferenz werden die verschiedenen Infrastrukturbereiche (u.a. Verkehr, Energie, Wasser, Abfallwirtschaft, Gesundheit, öffentlicher Hochbau, Immobilien) aber auch Querschnittsthemen (wie Infrastrukturplanung und -finanzierung, Öffentliche Beschaffung, Regulierung, Privatisierungen und Rekommunalisierungen, öffentliches Rechnungswesen und Kommunalfinanzen) bearbeitet.

Die Veranstaltung bietet Vertretern von Unternehmen sowie aus Verwaltung und Beratung einen exzellenten Rahmen, sich mit renommierten Forschern auf dem Gebiet des Infrastrukturmanagements im fachlichen Austausch auf den neuesten Stand zu bringen und die vorgestellten Konzepte und Lösungsansätze mit Blick auf die Praxis zu diskutieren.

Bis zum 5. Juni 2016 können Vortragsvorschläge eingereicht werden. [Hier gelangen Sie zum Call-for-Papers.](#)

Ab Anfang/Mitte Juli 2016 können Sie hier das detaillierte Programm für die Konferenz „Kommunales Infrastruktur-Management“ (KIM) herunterladen.



Wir trauern um Reiner Metz

Im Alter von 55 Jahren ist der langjährige VDV-Geschäftsführer Reiner Metz verstorben. Er war über zwanzig Jahre im Verband Deutscher Verkehrsunternehmer tätig. Herr Metz war im Oktober 2003 in den Vorstand der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft (GÖW) kooptiert und nahm seit 2002 an den Mitgliederversammlungen der Deutschen Sektion des CEEP teil. Seit Gründung des bvöd 2007 als aktives Gesamtvorstandsmitglied, war Reiner Metz ebenfalls Mitglied des Herausgeberbeirats der ZögU.

Wir trauern um einen geschätzten Kollegen und Unterstützer. Aktiv und mit großer Leidenschaft kämpfte er in Europa für einen fairen Rechts- und Ordnungsrahmen und eine ausreichende Finanzierung der Branche.

Reiner Metz wird uns fehlen. Wir haben ihn sehr gemocht und werden ihn niemals vergessen.

Informationen von Mitgliedern und Partnern

CIRIEC-Kongress – Call for Papers – Kongressprogramm - Anmeldung

Vom 21. und 23. September 2016 findet in Reims, Frankreich, der 31. Internationale CIRIEC-Kongress statt. Das Thema des diesjährigen Kongress ist „Public Policies and the social and democratic issues of globalisation“. Ein Call for Papers wurde inzwischen veröffentlicht – Einsendeschluss ist am 10. Juni 2016.

Zur [Anmeldung](#)

Zum [Programm](#)

Zum [Call for Papers](#)

Neue Vergütungsstudie erschienen

Der Ausgestaltung der Vergütung von Top-Managementmitgliedern öffentlicher Unternehmen wird in der Diskussion um Personalgewinnung, Personalerhalt und Verhaltenssteuerung im Sinne der öffentlichen Hand besondere Bedeutung zugewiesen. Dazu hat das Public-Corporate Governance Forschungsportal unter Führung von Prof. Dr. Papenfuß, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des bvöd, eine neue Vergütungsstudie veröffentlicht. Die Studie „Top-Managementvergütung öffentlicher Unternehmen“ ist ab sofort auf dem [Forschungsportal](#) erhältlich. [zum vollständigen Beitrag](#)

Branchenanalyse ÖPNV – Befragung zu Akteuren (H.-B.-Stiftung, Verdi)

Im Rahmen einer Branchenanalyse über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegeben, hat Hubert Resch als Bestandteil dieser Untersuchung eine Befragung von Akteuren im ÖPNV durchgeführt. Herausgegeben wurde diese von ver.di. Dabei wurden zwei Gruppen befragt: Betriebs- und Personalräte aus Nahverkehrsunternehmen und Unternehmensvertreter von Nahverkehrsunternehmen im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Zur Untersuchung „Eine Befragung unter Betriebs- bzw. Personalrät/-innen und Unternehmensvertreter/-innen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)“ geht es [hier](#).

Kurzanalyse des neuen EU-Vorschlags zum Investitionsschutz in TTIP

Im Rahmen eines wirtschaftspolitischen Projekts „Politik für Europa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, haben Prof. Dr. Markus Krajewski, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des bvöd, und Rhea Tamara Hoffmann von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg den neuen EU-Vorschlag zum Investitionsschutz in TTIP, basierend auf der umfassenden Konsultation in 2014, aus rechtlicher Sicht begutachtet. Die Verfasser gehen Fragen nach Stärken und Schwächen des neuen EU-Ansatzes zum Thema Investitionsschutz nach und wollen zu mehr Sachlichkeit und Transparenz in der bis heute sehr kontroversen Diskussion um TTIP beitragen. [Zum vollständigen Bericht](#).

10. Mitteldeutsche Energiegespräch „Energiewende – Zwischenbilanz und Ausblick“

Am 8. Juni 2016 findet in Berlin das 10. Mitteldeutsche Energiegespräch zum Thema „Energiewende – Zwischenbilanz und Ausblick“ statt. Das diesjährige Gespräch widmet sich somit einem Zwischen-Resümee und beschäftigt sich mit den Chancen und Herausforderungen der Energiewende.

Zu Programm und Anmeldung geht es [hier](#).

Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP

Beteiligung an der Überprüfung des EU-Abfallgesetzes

Im Rahmen der Tätigkeiten zur Europäischen Kreislaufwirtschaft beschäftigt sich die CEEP-Arbeitsgruppe Umwelt intensiv mit der Überprüfung des EU-Abfallgesetzes. Das Europäische Parlament bereitet gegenwärtig einen Bericht dazu vor; der CEEP hat sich anhand mehrerer Treffen mit Europaabgeordneten in die Gestaltung des Berichts eingebracht. Schwerpunkte des Berichts sind die erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) sowie die Formulierung von Kriterien, nach denen Abfall nicht mehr als solcher anzusehen ist. Für CEEP sind vor allem zukünftige Strategien zu Abfallvermeidung und -recycling und die Entwicklung bezüglich des Verbots der Deponierung von besonderer Wichtigkeit.

CEEP bei informellem Gipfel für Sozialangelegenheiten

Vertreter des CEEP nahmen am 19. und 20. April 2016 an einem informellen EPSCO Gipfeltreffen teil. Zentrale Themen waren die Europäische Säule sozialer Rechte sowie die Teilnahme der Sozialpartner im Gesetzgebungsprozess. Neben den Sozialpartnern waren Valdis Dombrovskis, Vize-Präsident der EU-Kommission, und Kommissarin Marianne Thyssen anwesend.

Die Stellungnahme des CEEP zu der Europäischen Säule sozialer Rechte kann [hier](#) nachgelesen werden.

REFIT Plattform - Aktueller Stand und Entwicklungen

Im Rahmen der REFIT Plattform der Europäischen Kommission nimmt CEEP-Generalsekretärin Valeria Ronzitti regelmäßig am Austausch über Verbesserungen der EU-Rechtsvorschriften mit EU-Ländern und Interessenvertretern teil. Die bisherigen zwei Treffen galten vor allem der Ausarbeitung von Arbeitsprioritäten für die 19 Politikfelder, welche anhand der Beiträge auf der Plattform „Lighten the Load“ identifiziert wurden. Weiterhin wurden die Berichtersteller für jene Bereiche festgelegt. [Zum vollständigen Beitrag](#)

Erste Stellungnahme zur Digitalisierung in Europa veröffentlicht

Am 16. Mai 2016 wurde die CEEP Stellungnahme „[Harnessing the Digital Transformation of Public Services](#)“, die von der neu eingerichteten Arbeitsgruppe Digitalisierung initiiert wurde, von der CEEP-Generalversammlung schriftlich angenommen.

Die Generalversammlung hat außerdem drei weitere Stellungnahmen schriftlich angenommen:

- [CEEP-Stellungnahme zum aktuellen Stand der Energieunion](#)
- [CEEP-Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission zur Kreislaufwirtschaft und der überprüften Abfallrichtlinie](#)
- [CEEP-Stellungnahme zur Prüfung der Trinkwasserrichtlinie 98/83/EC \(DWD\)](#)

Die Stellungnahmen wurden von den Arbeitsgruppen Energie, Umwelt und Wasser des Sustainability Boards vorbereitet.

EU-News im Überblick

Quartalsbericht hebt eine stetige Verbesserung der Erwerbsquote in der EU hervor

Der neue Beschäftigungsbericht der Europäischen Union zeigt, dass die Beschäftigungsrate europaweit weiterhin gestiegen ist. Außerdem ist die Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen zum ersten Mal seit Jahrzehnten ähnlich hoch wie die der 15- bis 24-Jährigen. Dies bedeutet, dass durch die sinkende Arbeitslosigkeit auch mehr Menschen über 60 Jahre zurück an den Arbeitsmarkt kommen. Allerdings bestehen bei den Erwerbsquoten weiterhin große Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern.

Zum vollständigen aktuellen Beschäftigungsbericht, der vierteljährlich erscheint, geht es [hier](#).

Deutsche Vertretung der EU-Kommission – Jahresbericht

Die Europäische Vertretung der EU-Kommission in Berlin hat ihren Jahresbericht 2015 vorgelegt, der einen Rückblick auf 2015 und einen Ausblick auf die wichtigen Handlungsfelder europäischer Politik 2016 gibt. Die deutsche Vertretung agiert als Verbindungsmittglied zwischen den Kommunen vor Ort und den europäischen Institutionen in Brüssel, Straßburg und Luxemburg.

Zum [vollständigen Jahresbericht](#)

Bericht zur Kernenergie in der EU

Die Europäische Kommission hat am 4. April 2016 eine Analyse zur Kernenergie in Europa veröffentlicht. Das sogenannte hinweisende Nuklearprogramm (Nuclear Illustrative Programme, PINC) ist der erste Bericht seit dem Atomunglück von Fukushima 2011 und legt den Schwerpunkt auf Investitionen im Zusammenhang mit dem sicheren Betrieb vorhandener Anlagen. Zudem geht es um den geschätzten Finanzierungsbedarf bei der Stilllegung von Kernkraftwerken und der Entsorgung radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente. Der Bericht gilt als Gesprächsgrundlage und will für eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft in den Dialog sorgen.

Zur [vollständigen Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)

Zum [vollständigen Bericht](#)

Reform des Europäischen Asylsystems

Die Europäische Kommission hat am 6. April 2016 mit der Veröffentlichung einer Mitteilung den Prozess zu einer Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) angestoßen. Ziel ist, Asylbewerber künftig fairer auf die Mitgliedstaaten zu verteilen und europaweit gleiche Bedingungen für Asylbewerber zu schaffen.

[Zum vollständigen Beitrag](#)

Vorschlag zur Modernisierung des EU-Mehrwertsteuersystems

Im Rahmen ihres REFIT-Programms hat die Europäische Kommission am 7. April 2016 einen Aktionsplan zur Modernisierung des EU-Mehrwertsteuersystems vorgestellt. Dieser soll laut Kommission der erste Schritt auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerraum sein, der auf die Bekämpfung von Betrug,

die Unterstützung von Unternehmen und die Förderung der digitalen Wirtschaft und des elektronischen Geschäftsverkehrs ausgelegt ist. [zum vollständigen Beitrag](#)

Nach der Veröffentlichung des [Mehrwertsteuer-Aktionsplans](#) der Europäischen Kommission im April, bereitet nun auch das Europäische Parlament einen Bericht zum Mehrwertsteuersystem vor. Dieser thematisiert die Konsolidierung eines neuen europäischen Mehrwertsteuersystems sowie die Bekämpfung von Betrug. Ein erster Entwurf wurde von dem Europaabgeordneten Werner Langen (EPP) im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) vorgestellt. Die Abstimmung im Ausschuss ist für den 13. Juli 2016 angesetzt.

Zu dem vorläufigen Bericht geht es [hier](#).

Untersuchung zu Stromkapazitätsmechanismen in der EU

Die Sektoruntersuchung der europäischen Wettbewerbsaufsicht in Bezug auf die nationalen Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Stromversorgung (sogenannte Kapazitätsmechanismen) hat ergeben, dass diese zwar die Stromversorgungssicherheit erhöhen können, die Mitgliedstaaten aber sorgfältiger prüfen müssen, ob derartige Maßnahmen überhaupt notwendig sind und ob sie zielgerichtet und kosteneffizient ausgestaltet wurden. Dies geht aus einem am [13. April 2016](#) veröffentlichten Zwischenbericht der EU-Kommission hervor.

Zur [vollständigen Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

EU beschließt neue Regeln für Eisenbahnen

Unter dem Motto „Günstigere Tickets, mehr Zugverbindungen, besserer Service, mehr Innovation“ haben das Europäische Parlament und der Ministerrat neue Regeln für den europäischen Schienenverkehr beschlossen. Mit diesen sollen bestehende Monopole aufgebrochen und für mehr finanzielle Transparenz gesorgt werden. Das so genannte vierte Eisenbahnpaket, das die EU-Kommission 2013 vorgelegt hatte, umfasst insgesamt sechs Gesetzesvorschläge, die die Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge, die Öffnung des Marktes, Regeln zu staatlichen Beihilfen, die Rolle der Eisenbahnagentur, die Interoperabilität des Eisenbahnsystems sowie die Eisenbahnsicherheit neu regeln.

Nach der Einigung werden die Märkte für den inländischen Schienenpersonenverkehr schrittweise für den Wettbewerb geöffnet. Mehr Informationen zum 4. Eisenbahnpaket finden Sie [hier](#).

[Zur Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

Neue Regeln für Vergabe von öffentlichen Aufträgen treten in Kraft

Die von der Kommission in 2014 vorgeschlagenen neuen Regeln zur öffentlichen Auftragsvergabe sind seit dem [18. April 2016](#) rechtskräftig. Grundlage sind drei EU-Richtlinien, die neue Regeln zur Erteilung öffentlicher Aufträge und Konzessionen festlegen. Diese sollen weniger Bürokratie und mehr Effizienz gewährleisten. Die Bereitstellung von Wasserdienstleistungen ist aus der EU-Konzessionsrichtlinie explizit ausgenommen. [Zur Info-Broschüre der EU-Kommission](#)

Neue Maßnahmen zur Digitalisierung des Europäischen Binnenmarkts

Im Rahmen ihrer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt hat die Europäische Kommission am [19. April 2016](#) ihre Pläne zur Digitalisierung der europäischen Wirtschaft vorgestellt. Diese erste öffentliche Konsultation zur Erweiterung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) läuft bis zum 30. Mai 2016. Auf der

Basis der Ergebnisse wird die Kommission ihren Entwurf überarbeiten und dann voraussichtlich im Herbst einer zweiten Konsultation unterziehen, bevor sie die endgültige Verordnung beschließt.

Das Paket setzt sich aus vier verschiedenen Mitteilungen zusammen, welche die vorgeschlagenen Maßnahmen der Kommission in unterschiedlichen Bereichen erläutern. [Zum vollständigen Beitrag](#)

Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens in New York

Der für die Energieunion zuständige Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič hat am 21. April 2016 gemeinsam mit der niederländischen Umweltministerin Sharon Dijksma im Namen der Europäischen Union das Pariser Klimaschutzabkommen in New York unterschrieben. Šefčovič nutzte die Gelegenheit, um eine möglichst schnelle Ratifizierung des Abkommens zu fordern.

Im Übereinkommen von Paris wurde ein globaler Aktionsplan vereinbart, der vorsieht, den Anstieg der Erdtemperatur deutlich unter 2 C zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg weiter auf 1,5 C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Das Übereinkommen zielt außerdem darauf ab, Länder so zu stärken, dass sie die Auswirkungen des Klimawandels besser bewältigen können.

Zur [vollständigen Pressemitteilung](#)

EU-Kommission bereitet Übergang für 700-MHz-Frequenzband vor

Bis spätestens zum Sommer 2020 soll EU-weit das derzeit für Fernsehen genutzte 700-MHz-Frequenzband Platz machen für mobile Internetdienste. Die EU-Kommission hat dazu am 28. April 2016 die technischen Bedingungen für die EU-weit einheitliche grenzüberschreitende Nutzung angenommen

Am 2. Februar 2016 hatte die Kommission einen Vorschlag vorgelegt, um die Verwendung des Ultrahochfrequenzbands (470-790 MHz) innerhalb der EU besser zu koordinieren und um die Nutzung der Funkfrequenzen aus dem 700-MHz-Frequenzband für das mobile Internet zu steigern. Um dies zu ermöglichen und den Übergang vorzubereiten, hat die Kommission nun die damit verbundenen technischen Voraussetzungen festgelegt, die das Risiko grenzüberschreitender Störungen reduzieren und die Art und Weise, wie diese Frequenzen in der ganzen EU genutzt werden sollen, harmonisieren.

Zur Pressemitteilung der Kommission [„Kommission schlägt Verbesserung der Mobilfunk-Internetanbindung mit hochwertigen Funkfrequenzen vor“](#)

Zum [angenommenen Text](#)

Frühjahrsprognose der EU-Kommission veröffentlicht

Der Wirtschafts- und Währungskommissar der EU, Pierre Moscovici, stellte am 5. Mai 2016 die Frühjahrsprognose der Kommission für die Europäische Wirtschaft vor. Dem Bericht zufolge, wird die Europäische Wirtschaft weiterhin wachsen, auch wenn wie bisher immer noch starke Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten bestehen.

Mehr Informationen, der veröffentlichte Bericht sowie eine interaktive Karte mit allen Fakten zur aktuellen Lage der Europäischen Wirtschaft können [hier](#) gefunden werden.

Websites und Apps des öffentlichen Sektors in Zukunft EU-weit barrierefrei

Alle Behörden in der EU müssen in Zukunft für einen barrierefreien Zugang zu ihren Websites und Apps sorgen. Die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission haben sich auf die ersten EU-weiten Regelungen geeinigt. Die Einigung beruht auf einem Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen von 2012.

[Zur vollständigen Pressemitteilung der Kommission](#)

Europatag 2016: EU-Strukturprojekte präsentieren sich bundesweit

Unter dem Motto "[Europa in meiner Region - Erfolgsgeschichten in Deutschland](#)" werden im Mai 2016 Projekte, die aus den [Europäischen Struktur- und Investitionsfonds](#) gefördert werden, vorgestellt. Damit soll unterstrichen werden, wie sehr die Regionen bundesweit von der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU profitieren. Ähnliche Aktivitäten finden in insgesamt 23 Mitgliedstaaten der Europäischen Union statt.

Informationen über Projekte und Struktur- und Investitionsfonds finden Sie [hier](#).

Europäisches Semester – Kommission veröffentlicht länderspezifische Empfehlungen

Im Rahmen des Europäischen Semesters zur haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung hat die EU-Kommission am 16. Mai 2016 einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2016 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Deutschlands 2016 vorgelegt. Die Empfehlungen für Deutschland betreffen u.a. die Steuereinnahmen und Wettbewerb im Dienstleistungssektor. [Zum vollständigen Beitrag](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission erläutert Anwendungsbereich der EU-Beihilfenvorschriften zur Förderung öffentlicher Investitionen

Die Europäische Kommission hat am 19. Mai 2016 eine Mitteilung zum Begriff der Staatlichen Beihilfe veröffentlicht. Die Bekanntmachung „[Commission Notice on the notion of State Aid as referred to in Article 107 \(1\) TFEU](#)“ gibt vor, unter welchen Voraussetzungen öffentliche Ausgaben der EU-Beihilfekontrollen unterliegen. [zum vollständigen Beitrag](#)

Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

CETA und Verbraucherwohlfahrt – Neues Gutachten veröffentlicht

Die Friedrich Ebert Stiftung (FES) hat ein Gutachten zu dem Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, CETA, unter dem Titel „Analyse und Bewertung von CETA aus verbraucherpolitischer Perspektive“ veröffentlicht. Die neue FES-Studie geht der Frage nach, welche Auswirkungen ein Abschluss von CETA auf die Verbraucherwohlfahrt hätte.

Zentrale Ergebnisse der Studie sind, dass Verbraucherrechte zwar anerkannt werden und verbraucherschützende Regulierung die Liberalisierungsverpflichtungen einschränken dürfen, das Abkommen jedoch noch unzureichende oder gar problematische Regelungen aufweist. Hierunter fallen die allgemeinen Bestimmungen zum grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen – der Negativlistenansatz wird dabei insbesondere angegriffen – sowie die Nachhaltigkeitskapitel. Abschließend, würden die tatsächlichen Auswirkungen auf die Verbraucherwohlfahrt aufgrund der vielfach unbestimmten Rechtsbegriffe stark von der künftigen Auslegungspraxis abhängen.

Zum FES-Gutachten „Analyse und Bewertung von CETA aus verbraucherpolitischer Perspektive“ geht es [hier](#).

Gutachten zu den Auswirkungen von CETA auf Kommunen veröffentlicht

Prof. Dr. Martin Nettesheim von der Universität Tübingen hat im Auftrag des Staatsministeriums des Landes Baden-Württemberg ein Gutachten über die Auswirkungen von CETA auf Länder und Kommunen erstellt.

Das Gutachten „[Die Auswirkungen von CETA auf den politischen Gestaltungsspielraum von Ländern und Gemeinden](#)“ ist seit dem 25. Mai 2016 öffentlich zugänglich.

Aktueller Stand zu TTIP:

13. Verhandlungsrunde in New York

Die 13. Verhandlungsrunde der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) fand vom 25. bis 29. April 2016 in New York, USA, statt. Verhandelt werden die drei Säulen Marktzugang, Zusammenarbeit in Regulierungsfragen sowie Vorschriften mit ihren dazugehörigen Kapiteln. Bei diesen Verhandlungen geht es schwerpunktmäßig um die technische Zusammenarbeit und Konsolidierung der Kapitel. Die Europäische Kommission hat zu dieser Runde am 27. April 2016 einen Bericht zum aktuellen Verhandlungsstand veröffentlicht.

Am 2. Mai 2016 leakte Greenpeace Dokumente aus den laufenden Verhandlungen zu TTIP. Darunter sind konsolidierte Texte von 13 Kapiteln, die die Positionen beider Seiten wiedergeben, sowie ein Bericht zu der 12. Verhandlungsrunde. Während die Kommission seit ihrem Versprechen für mehr Transparenz schrittweise ihre Verhandlungsvorschläge veröffentlicht hat, sind die Vorschläge der USA erstmalig der breiten Öffentlichkeit zugänglich. Malmström nahm am gleichen Tag dazu Stellung. [zum vollständigen Beitrag](#).

[Zum offiziellen Bericht der EU-Kommission zur 13. Verhandlungsrunde](#)

Anhörung zum Öffentlichen Auftragswesen im Europäischen Parlament

Die Ausschüsse für Binnenmarkt und Handel im Europäischen Parlament haben am 20. April 2016 eine gemeinsame Anhörung zum Öffentlichen Auftragswesen in TTIP veranstaltet. Diese Anhörung leitet den Beginn einer breiteren Diskussion zu dem Thema im Europäischen Parlament ein. Besprochen wurden die Notwendigkeit für verstärkte Transparenz sowie der Marktzugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten in den USA. Es sei wichtig, dass das Freihandelsabkommen die Standards und Regelungen des neulich verabschiedeten Pakets zur öffentlichen Vergabe aufrecht erhalte.

Konsultation zu TTIP eröffnet

Die Europäische Kommission hat am 13. Mai 2016 eine öffentliche Konsultation gestartet, um Meinungen und Bewertungen von interessierten Bürgern und Interessenvertretern zu einer TTIP-Studie einzuholen. Ein vorläufiger Zwischenbericht des Beratungsunternehmens Ecorys hat die Auswirkungen und Chancen des geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP auf die Volkswirtschaften der einzelnen EU-Mitgliedstaaten untersucht. Die 400-seitige Studie zeigt die Chancen von TTIP für Wirtschaft und Menschen auf und nimmt dabei auch die sozialen und ökologischen Auswirkungen unter die Lupe.

Zum [Ecorys-Bericht zu TTIP und TiSA](#)

Zur [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

Kontakt

[bvöd-Geschäftsstelle](#)

Fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

email info@bvoed.de

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) – zur Abbestellung genügt eine Mail an info@bvoed.de

